



Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 1. Dezember.

Abend-Ausgabe
Mittwoch, 1. Dezember.

Die preussische Verfassung

Die Verfassung gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Unabhängigen angenommen — Würdelose Szenen der Linken bei der Ablehnung des sozialistischen Antrages auf Enteignung der Hohenzollern

In der gestrigen Sitzung der preussischen Landesversammlung wurde in der nämlichen Schlussabstimmung die preussische Verfassung mit 290 gegen 60 Stimmen bei 7 Stimmenthalten angenommen. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Unabhängigen. Das Ergebnis wurde von der Mehrheit mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Präsident Reuter führte aus, daß mit diesem Beschluß die preussische Landesversammlung das am 20. Januar 1919 übertragene Mandat erfüllt habe. Er sprach sich für die heutige Verfassung, die dem preussischen Volk zum Segen gereichen werde.

Die Debatte steht die dritte Beratung des Verfassungsgesetzes. Abg. Heilmann (Soz.): Ich fühle mich nach Sprache, Gehalt und Struktur als Deutscher, und es bedürfte nicht erst des Nachdenkens, daß ich im Felde verstanden habe, um den Anspruch zu haben, in jeder Beziehung als Volldeutscher zu gelten. Darum werde ich ohne Rücksicht auf antimilitärische Angriffe das Volk unterstützen, die Regierung möge auf den Erfolg eines Reichstagsbeschlusses, durch den ohne Rücksicht auf das Vermögen der Abgeordneten der Republik Preußen überlassen wird. Aber die Verfassung einer amnestierten Unterabstimmung an Mitglieder des Hauses Hohenzollern durch den Reichstag zu bringen, ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Es gilt hier nicht um private, sondern um öffentliche Rechte. Politisch schäuden wir Wilhelm nichts, denn nicht die Schuld an dem verlorenen Kriege und am ganzen Schicksal des Volkes. (Lurche rechts.) Das Reichsgesetz, auf die Ansprüche der Hohenzollern gestützt werden, ist durchaus schickend. Reuter nicht beunruhigt der einzelnen Grundbesitzer. Ich habe es sich um Staatsbürgern, nicht um Privatbürgern handelt. Selbst die Gemarkung der Staatsbürger, wenn kann von einer Abfindung für die Kronrenten nicht Rede sein. Die Sicherheit der Republik erfordert es, daß die Ansprüche der Hohenzollern im Ausland geltend, mit denen eine solche Propaganda gegen ihren Bestand getrieben werden würde. Für das Reichsgesetz der Hohenzollern aus dem Ministerium fehlt es an den angemessenen Grundlagen, wenn man aufrecht stehen, und das kann es nur in den Augen der Reichstagsmitglieder sein. (Lurche rechts.) Ministerialdirektor Reuter nimmt als Vorsitzender der Ausschusskommission die Mitglieder derselben in Schutz. Abg. Heilmann (Soz.) spricht zu § 88 des Verfassungsentwurfs, nach inoffizieller Rede, die die Rechte, die dem König als Träger der Landeshoheit, die Reichsgesetzgebung, die Ausschusskommission, die Mitglieder derselben in Schutz, bis zum Reichstag hinreichend klar sein sollen, bis zum Reichstag hinreichend klar sein sollen, bis zum Reichstag hinreichend klar sein sollen.

Abg. Wildermann (Str.) spricht für den zweiten Zusatzantrag des Centrums, der inoffiziell abgelehnt wird. Der erste Zusatzantrag mit dem § 83, die übrigen Zusatz- und Abänderungsanträge werden ohne jegliche Veränderung ebenfalls angenommen.

Das Gesetz betrifft jedoch den einseitigen der Sitzung vom Abg. Heilmann begründeten Antrag betreffend das Hohenzollernvermögen.

Abg. Dr. Kaufmann (Deutschn.): Es ist gegen unsere Würde, auf die uns angehen, die beiden letzten Verurteilungen einzugehen. (Lurche bei den Soz.) Nach der Kräftigen Abfuhr mit der Bankaffäre im Reichstag glauben die Sozialdemokraten, jetzt kommt es radikal vorzugehen zu müssen. Es war ein trauriges Bild, wie der Minister mit seinen Jüngern (die folgenden Worte gehen in dem entscheidenden ungelächerten Lachen der Linken verloren).

Reichspräsident Dr. Frenzel vertritt, dem Reuter die Ruhe zu verschaffen. Als dem Reuter aus den Reihen der äußersten Linken eine Papierkugel an den Kopf fliegt, verläßt er die Tribüne und Dr. Frenzel den Präsidentenstuhl. Nach kurzer Zeit übernimmt Dr. Frenzel wieder die Leitung und fragt den Abg. Heilmann, ob er den Papierballen geneigt habe, nicht weiter vorzugehen.

Reuter spricht Abg. Dominikus (Dem.): Wir lehnen den Antrag ab, ohne dadurch unserer Stellungnahme zu der Vermögenssachenüberlegung mit der Krone vorzugreifen.

Abg. Dreyer (Str.): Wir lehnen den Antrag ebenfalls ab und danken der Ausschusskommission und dem Reichstag für die geleistete umfängliche Arbeit. Abg. Dr. von Richter (D. V.): Wir lehnen selbstverständlich den Antrag Heilmann ab. Der Antrag steht auch im Widerspruch zur Reichsverfassung. In der nämlichen Schlussabstimmung wurde die preussische Verfassung mit 290 gegen 60 Stimmen bei 7 Stimmenthalten angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen und Unabhängigen. Das Ergebnis wurde von der Mehrheit mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Präsident Reuter führte aus, daß mit diesem Beschluß die preussische Landesversammlung das am 20. Januar 1919 übertragene Mandat erfüllt habe. Er sprach sich für die heutige Verfassung, die dem preussischen Volk zum Segen gereichen werde.

Das Gesetz über den Austritt aus der Kirche wurde in der nämlichen Sitzung mit 196 gegen 187 Stimmen bei einer Stimmenthaltung von 11 Stimmen angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Haushaltsberatung, Wahlenberatung und Annexes. Schluß 5 1/2 Uhr.

Ein neuer Bolschewistenkrieg im Orient

Die Sowjet-Regierung hat auffallender Weise neuerdings Maßnahmen vorbereitet, um vom Kaukasus her und in Kleinasien einen Vorstoß gegen die britische Orientheerrschaft zu unternehmen. Mit großer Ueberraschung trafen jetzt Meldungen ein von einer gregangenen Offensive der roten Truppen, die mit Hilfe der in der Türkei gemachten Eroberungen eine direkte Verbindung mit dem türkischen Nationalheer: Mustafa Kemal herzustellen, nach dem Kaukasus vorzudringen, von dort aus den Vormarsch in Kleinasien zu beschleunigen und womöglich noch ihre gesamten Truppenmacht auf Indien zu konzentrieren. Die russischen Operationen zerfallen dabei in drei Teile. Das Schwergewicht ruht auf einer großen Armee, die werden zunächst verladen, mit Hilfe der roten Schwarzmeer-Flotte und der der Armee Wrangel fortgenommenen Schiffe in Kleinasien zu landen und dort die türkischen Nationalisten zu unterstützen. Für zweiter Weg führt durch den Kaukasus, von wo aus sie sich in Persien festsetzen können. Die dritte Frontlinie dürfte über Turkestan gehen, wo sie sich ebenfalls bereits starke Stützpunkte geschaffen haben. Hauptächlich von Turkestan her können sie dann eine Verbindung nach Indien herstellen.

An der Turkestan-Front beginnt bereits jetzt schon eine starke Konzentration der Sowjet-Armee. Sokoloff, der Führer der roten Armee in Turkestan, hat einen Kommando befehl erhalten, der den roten Truppen aufteilt, die feindlichen Stellungen der afghanischen und indischen Grenze zu erobern. Er wendet sich dabei an die indischen Völker und ruft ihnen zu, daß die Hilfe ihrer Freunde nahe sei. Eine weitere Meldung besagt, daß Tschitscherin an Georgien eine Note gerichtet hat, in der er es von einem bevorstehenden Einfall der Sowjettruppen in Kaukasien unterrichtet. Der Grund zu dieser Bewegung ist die Bekämpfung Bahams durch die Engländer, und da Baham ein wichtiger Stützpunkt der Sowjetregierung ist, kann man begreifen, daß die Bolschewisten diese Stadt wieder in ihre Hand bekommen wollen, umal sie von dort aus die nächste Verbindung zu dem ihnen verbündeten Persien befestigen. Es steht außer Zweifel, daß die Bolschewisten in verhältnismäßig kurzer Zeit auf größere Erfolge rechnen werden, weil die englischen Streitkräfte den starken bolschewistischen Truppen nicht gewachsen sind. Die Sowjetrepublik Westsibirien, deren Hauptstützpunkt Ostaustralien mit sehr wichtigen Stützpunkten verläuft, hat bisher den Bolschewisten vortreffliche Dienste geleistet.

Mancher bestreitet die Sowjetregierung, daß die Alliierten einmüßig gegen die Bolschewisten, wenn die Bolschewisten ihre gesamten Kräfte konzentrieren, um gegen einen englischen Angriff gerüstet zu sein. Es würde zu einer irigen Beurteilung der Lage führen, sollte man glauben, daß die Bolschewisten es mit der Einleitung ihres Angriffskrieges im Orient sehr eilig haben. Die Sowjetregierung, die gegenwärtig noch mit England über das Wirtschaftsabkommen verhandelt, wird sich schwer hüten, die Feindschaft gegen England jetzt etwa auf die Spitze zu treiben. Sie wird sich zunächst darauf beschränken, im Kaukasus, in Kleinasien und in Turkestan ihre Kräfte zu konzentrieren. Es darf aber nicht verkannt werden, daß die Bolschewisten tatsächlich seinen Anstoß daran nehmen, ihre Pläne im Orient offen zu äußern und auszuführen, daß sie nicht gewillt sind, sich vor dem englischen Imperialismus zurückziehen. Sie erklären, daß die freiesittlichen Eroberungen der Orientvölker für die Entwicklung der Kultur von größter Wichtigkeit sei, und daß die Interessen der um ihre Freiheit kämpfenden Araber und Ägypter mit den Interessen der Sowjetrepublik parallel liegen. In Wirklichkeit haben sie sich damit eine sehr gefährliche Stellung gegenüber England geschaffen, welches mit großer Vorsicht das Anwachsen der bolschewistischen-fremden Bewegungen in Asien beobachtet. Was nun die Forderung des bolschewistischen Einflusses in Persien betrifft, so ist unübersehbar, daß Persien an dem Bündnis mit den Bolschewisten festhält. Die gegenwärtige persische Regierung, die rein äußerlich die Beziehungen zu England freundschaftlich aufrechterhält, ist weder gewillt noch imstande, die vorherrschende bolschewistische Strömung in Persien zu besänftigen. In Persien weiß man nämlich ganz genau, daß die Bolschewisten die wirtschaftlichen Unabhängigkeit Persiens sind und daß sie in dem Augenblick rettungslos der englischen Herrschaft verfallen sind, wo die Bolschewisten politisch und militärisch antwortungsbereit, darum hat Persien auch bolschewistische Militärbeschlüsse empfangen und gestattet aus offen, daß von ihnen eine persische Note Krone organisiert wird.

In Kleinasien hat die Boltschee die türkischen Truppen immer mehr unter der Kontrolle der bolschewistischen Armee unter Mustafa Kemal unterworfen. In Kleinasien hat sich vollständig in den Händen der Bolschewisten. Die

Über die Polen für einen neuen Polenputz?

* Katowitz, 30. November.
Oberösterreich steht vor der Gefahr eines neuen Generalstreiks in den nächsten Wochen mit hineingezogen werden sollen. Die Gewerkschaften haben die letzte polnische Forderung der Wirtschaftsbetriebe von 1000 Mark für jeden einzelnen Arbeiter wieder aufgenommen. Die Gewerkschaftsführer mühten sich um die Zufriedenheit, daß eine derartige Forderung über die Grenze der Leistungsfähigkeit der Industrie hinausgeht, die Wahrung dieser Forderung ablehnen. Es ist jedoch zu befürchten, daß die Streiklagen durch Terror, ähnlich wie vor einigen Tagen in Katowitz, die Entschadung des Generalstreiks zu erzwingen versuchen werden. Unter dieser Bewegung stehen jene Kräfte, die durch eine völlige Lahmlegung der oberösterreichischen Industrie das erreichen wollen, was ihnen in dem letzten Augustaufstand nicht gelungen ist. Während ich, daß die polnische Presse bereits vor einigen Tagen die Möglichkeit eines nahe bevorstehenden Generalstreiks hinweisen mußte, wobei sie natürlich, wie stets, wenn sie einen solchen Streik vorhersagt, von einer völligen Wache sprach, so hat die polnische Presse „Kattowitz“ hat sich nicht nur wieder einmal veranlassen.

Was das Gebäude des „Kattowitz-Stadthofes“ wurde getrieben und ein Bombenanschlag verübt. Es wurde größerer Schaden angerichtet. Offenbar handelt es sich um einen Generalstreik.

Schwierige Verhandlungen in Riga

London, 30. November.
Die letzten Telegramme aus Riga betrafen, daß die Verhandlungen zwischen Polen und den russischen Interregierungen keineswegs einen guten Fortgang nehmen. Die Sowjetregierung hat eine neue Note an die polnische Regierung gerichtet, in der sie Polen den Bruch des Waffenstillstandes vorwirft.

Die Besatzungsdauer des Rheinlandes

Ein übersehener Dokument.
In einem Brief über die Kosten der Besatzungsarmee schreibt die Frankfurter Zeitung: In der Zeit des von allen Seiten hereinströmenden Materials ist ein wichtiges Dokument mit unwiderlegbar bisher übersehen worden. Danach ist zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreichs hinsichtlich der Besetzung des Rheinprovinz ein Abkommen geschlossen worden, nach dem die alliierten Regierungen nicht darauf bestehen, daß die Zeit der Besetzung bis zur völligen Erfüllung der Entschädigungsklausel dauern solle und sich bereit erklären, wenn Deutschland zu einem früheren Zeitpunkt Beweise von seinem guten Willen und befristende Verpflichtungen für die Erfüllung seiner Verpflichtungen gäbe, die Rheinprovinz schon vor 15 Jahren zu räumen. Ferner kommen die Alliierten in dem Abkommen überein, daß der jährliche Betrag der von Deutschland zu bedeckenden Besatzungskosten zu entrichtenden Summe 240 Millionen Mark betragen nicht übersteigen soll. Das Wort „soll“ in dem Abkommen wurde nicht mit Deutschland geschlossen, es bindet aber die alliierten Mächte selbst, und es kann von unserer Seite immer wieder darauf verwiesen werden, daß zur Zeit des Friedensschlusses die Grenzen sich fernweg von der Rheinprovinz wie gewöhnlich verhalten werden, die Besatzungskosten mit der besagten Besatzungsmacht in Verbindung steht.

Die Besatzungsarmee der oberösterreichischen Berg- und Metallindustrie hat grundsätzlich die von der Arbeitsgemeinschaft der oberösterreichischen Metallarbeitergewerkschaften vorgeschlagene Forderung einer Wirtschaftsbetriebe von 1000 Mark für jeden einzelnen Arbeiter wieder aufgenommen. Bei der Klärung der wirtschaftlichen Lage der Betriebe Oberösterreichs den Streik

